

II-8267 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

3690/AB
4. Jan. 1993
3753/J

Wien, am 23. Dezember 1992
GZ: 10.101/443-X/A/5a/92

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 Wien

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3753/J betreffend Tropenholzimporte, welche die Abgeordneten Langthaler, Petrovic, Freunde und Freundinnen am 11. November 1992 an mich richteten, stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wie weit sind die Verhandlungen betreffend einer Zollerhöhung für Tropenhölzer bisher fortgeschritten?

Antwort:

Aufgrund des Berichtes über die Ergebnisse der Gespräche im Rahmen einer Sondermission der Bundesregierung in Malaysia unter



Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 2 -

Leitung des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Jankowitsch faßte der Nationalrat eine neuerliche Entschließung am 4. Dezember 1992, in der der Bundesminister von der Verpflichtung, in Verhandlungen eine 70 %ige Zollerhöhung bei Tropenhölzern zu erreichen, enthoben wird.

Punkte 2 bis 8 der Anfrage:

Mit welchen Ländern haben Sie diesbezüglich konkrete Gespräche geführt?

Mit welchen Kompensationsangeboten sind Sie in die Verhandlungen gegangen?

Wird bei einer Einigung auf eine 70 %ige Zollerhöhung bei Tropenhölzern auch das Freihandelsabkommen mit der CSFR betroffen sein, bzw. wie wird sich eine derartige Regelung grundsätzlich auf bereits bestehende und neu abzuschließende Freihandelsabkommen auswirken?

Haben Sie bei den Verhandlungen zu dem Freihandelsabkommen die Intentionen des Nationalrats adäquat thematisiert?

Welche Behörden kontrollieren in der CSFR die Tropenholzimporte?

Wie können Sie bei Tropenholzimporten via CSFR die Einhaltung der Deklarationspflicht erreichen?

Können Sie explizit ausschließen, daß bei Erreichen der im Entschließungsantrag genannten Ziele, Tropenhölzer zollfrei über "Drittländer" importiert werden?


Dr. Wolfgang Schüssel
Wirtschaftsminister

- 3 -

Antwort:

Zunächst versuchte das Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in intensiven Gesprächen über Kompensationsangebote das Einvernehmen mit der Wirtschaft herzustellen. Diese Gespräche gestalteten sich aufgrund der unterschiedlichen Interessen der betroffenen Wirtschaftskreise sehr schwierig. Es war daher nicht möglich, bis zur neuerlichen Entschließung des Nationalrates konkrete Kompensationsangebote zu formulieren.

Mittlerweile ist die angesprochene Entschließung des Nationalrates durch eine neugefaßte Entschließung überholt.

